

GASTBEITRAG

# Die EU wird ihre energiepolitischen Ziele verfehlen

Die Energiepolitik wird auf dem EU-Gipfel, der am Donnerstag beginnt, das zentrale Thema sein. Doch die Ziele der Europäischen Union sind kaum zu erreichen.

VON CLAUDIA KEMFERT

Die Energieversorgung in der Europäischen Union muss sicher, wirtschaftlich und umweltverträglich sein – darin sind sich alle Staaten einig. Die EU-Energiepolitik strebt dabei sehr ambitionierte Ziele an, die teilweise gar nicht zu realisieren sind:

■ **Reduktion der Importabhängigkeit**, vor allem von Öl und Gas. Schätzungen gehen davon aus, dass die Importabhängigkeit der EU auf 70 Prozent steigen wird. Um diese Entwicklung zu verhindern, reicht es nicht, die Energieeffizienz zu verbessern und Energie zu sparen.

Alle EU-Länder müssten vielmehr ganz gezielt heimische und vor allem erneuerbare Energieträger als Ersatz für fossile Energie wie Erdöl fördern. Deutschland kann hier dank des Erneuerbare-Energien-Gesetzes innerhalb der EU die größten Fortschritte aufweisen.

Doch das reicht nicht. Vor allem im Verkehr und in der Wärmeerzeugung müssen verstärkte Alternativen gefunden werden – in Deutschland und anderswo. An diesem Ziel müssten alle EU-Staaten gemeinsam und einheitlich arbeiten. Dies ist bis heute nicht

der Fall – und wird darum auch in der Zukunft kaum zu realisieren sein.

■ **Integration der Energiemärkte**: Europa ist derzeit weit entfernt von einem echten Strom- und Gas-Binnenmarkt. Es fehlt eine EU-Aufsichtsbehörde, die prüft, ob Großfusionen dem Wettbewerbsgedanken entsprechen, und die eine einheitliche Struktur der Märkte in allen Ländern der Europäischen Union sicherstellt. Die Forderung, dass es zu-

Claudia Kemfert ist Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.



BILD: DPA

künftig eine solche Behörde geben soll, ist zwar begrüßenswert, sie kommt aber viel zu spät. Bis zu einer möglichen Einrichtung einer EU-Regulierungsbehörde werden viele Energie-Großfusionen abgewickelt sein. Auch dieses Ziel scheint damit in weite Ferne zu rücken.

■ **Energiesicherheit und Diversifikation des Energieangebots**: Sicherlich ist es vorteilhaft, wenn sich Europa nicht nur von einem Lieferland abhängig macht. Eine Erhöhung der Anzahl von Pipelines kann helfen, mehr zu diversifizieren – wie es im EU-Grünbuch gefordert wird. Aber es fehlt auch hier eine gemeinsame Strategie der EU. Bisher ist es eher so, dass sich einzelne Länder gegeneinander ausspielen und als Wettbewerber auftreten.

Versorgungssicherheit bedeutet auch, dass die EU in ihrer Außenpolitik geschlossen auftritt und deutlich macht, dass sie ihre außenpolitischen Belange nicht den energiepolitischen Interessen unterordnet. Politisch eher instabile Länder nur deshalb zu hofieren, weil sie wichtige Energielieferanten sind, gibt ihnen unglaublich viel Macht. Das Beispiel Iran macht derzeit deutlich, wie gefährlich eine solche Politik sein kann.

Da Russland das Land ist mit den weltweit größten Ressourcen an fossiler Energie, spielt es eine Schlüsselrolle. Dass Moskau eine gemeinsame Energiepolitik mit den G8-Industriestaaten anstrebt, ist loblich. Dennoch: bis heute hat Russland die Energiecharta nicht unterschrieben, die fordert, dass sich der russische Markt für ausländische Anbieter öffnet.

Auch hier muss die EU deutlich machen, dass eine zeitnahe Unterzeichnung unerlässlich ist. Leider ist dies aber in der Vergangen-

heit versäumt worden, so dass auch dieses Ziel als bloße Absichtserklärung zu verkommen droht.

■ **Nachhaltigkeit**: Die EU-Energiepolitik muss nachhaltig sein, das heißt: Sie muss eine sichere, umweltfreundliche und wirtschaftliche Energieversorgung gewährleisten. Einzelne europäische Länder haben sehr unterschiedliche Auffassungen einer nachhaltigen Energieversorgung, gerade im Hinblick auf die Nukleartechnologie.

Zudem hinken viele europäische Länder ihren Zielen bei der Verminderung der Treibhausgase hinterher, dazu gehören Dänemark, Luxemburg und Österreich. Andere

weisen starke Steigerungen auf, das gilt für Spanien und Portugal. Auch die Förderung Erneuerbarer Energien wird unterschiedlich betrieben. Nur Deutschland schafft seine angestrebten Ziele. Eine Harmonisierung der nationalen EU-Politik scheint aussichtslos.

Letztendlich wird man in Brüssel, wie bei allen vorangegangenen Treffen auch, so auseinander gehen, dass man zwar die Inhalte einer gemeinsamen EU-Energiepolitik zu kennen glaubt. Mit konkreten Zielen und Umsetzungsschritten ist aber nicht zu rechnen – gerade weil eine einheitliche EU-Energiepolitik überhaupt nicht durchsetzbar ist.